

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

A 0013/2021 (VWD)

Auftrag Fraktion SP/junge SP: Reduktion von risikoreichen Pestiziden durch Vorsorge auf Bundesebene (27.01.2021)

Der Regierungsrat setzt sich beim Bund für eine wirkungsvolle Reduktion des Einsatzes risikoreicher Pestizide ein, insbesondere durch eine restriktive Zulassung und Anwendung und eine angepasste Agrarpolitik.

Begründung 27.01.2021: schriftlich.

In der Interpellation 0171/2019 «Pestizide und Nitrat im Grund- und Trinkwasser» weist die Regierung darauf hin, dass die nationale Landwirtschaftspolitik heute wesentliche Mängel aufweist, um Schadstoffeinträge ins Grund- und Trinkwasser zu verhindern. Zu diesem Schluss komme auch der Statusbericht 2016 "Umweltziele Landwirtschaft" (BAFU, BLW). Die Regierung vermutet, dass fehlende verbindliche gesetzliche Regelungen Verursacher sind. Das UVEK werde beauftragt, zusammen mit dem WBF, den betroffenen Bundesdepartementen und den Kantonen zu prüfen, ob eine Gesetzesgrundlage geschaffen werden soll, die den Bund verpflichtet, bei wiederholten und in grossen Teilen der Schweiz festgestellten Überschreitungen von Anforderungswerten von Pflanzenschutzmitteln in Oberflächengewässern Massnahmen zur Verminderung der Einträge zu ergreifen. Die Kantone haben ihren Lösungsansatz dem Bund bereits zugestellt und darauf hingewiesen, dass dies auch für das Grundwasser gelten müsse.

Über die Zulassung bzw. Verbote von Pestiziden sowie über grundsätzliche Anwendungseinschränkungen entscheidet der Bund. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sich Pestizide im Grundwasser unter Umständen erst nach Jahren und Jahrzehnten in kritischem Ausmass manifestieren. Es ist deshalb umso entscheidender, dass der Bund besonders toxische Pflanzenschutzmittel früh erkennt und rechtzeitig gar nicht mehr zulässt. Dies hat auch die Konferenz der kantonalen Bau- und Umweltdirektoren (BPUK) Ende Mai 2020 festgehalten. Der Regierungsrat soll sich deshalb beim Bund für restriktivere Regelungen im Zusammenhang mit der Zulassung und mit den Anwendungsbedingungen von Pestiziden einsetzen, um damit auch die Kantone im Vollzug zu entlasten. Ein externes Audit (KPMG) des Zulassungsverfahrens hat gezeigt, dass es diverse Mängel beim Zulassungssystem gibt. Diese müssen schnell korrigiert werden. Des Weiteren soll die Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) darauf ausgerichtet werden, besonders risikoreiche Wirkstoffe möglichst rasch aus dem Verkehr zu ziehen und generell den Einsatz von Pestiziden zu reduzieren, beispielsweise mittels einer Lenkungsabgabe. Der Regierungsrat wird daher aufgefordert, seine Einflussmöglichkeiten beim Bund sowie in der Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren (LDK) und der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) zu nutzen und sich für eine wirksame Verstärkung des Vorsorgeprinzips im Pestizid-Zulassungsverfahren und die wirkungsvolle Reduktion des Einsatzes risikoreicher Pestizide einzusetzen.

Unterschriften: 1. Mathias Stricker, 2. Marianne Wyss, 3. Markus Ammann, Matthias Andregg, Markus Baumann, Remo Bill, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Karin Kälin, Thomas Marbet, Mara Moser, Stefan Oser, Matthias Racine, Franziska Rohner, Anna Rüefli, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (18)